



Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Bericht Solidarleistung Oktoberfestattentat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über den Umsetzungsstand der Solidarleistung für die Überlebenden und Betroffenen des Oktoberfestattentats spätestens zum Jahresende 2021 in einer Sitzung des zuständigen Ausschusses zu berichten.

Begründung:

Das Oktoberfestattentat vom 26. September 1980 ist der größte Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Hinterbliebenen der zwölf Ermordeten, die 213 Verletzten, davon 68 Schwerverletzte, kämpfen noch heute gegen die Folgen der Tat.

Die Opfer mussten sich dutzender Operationen unterziehen, sind zum Teil auf Rollstuhl, Prothesen oder andere medizinische Hilfsmittel angewiesen.

Die Vergangenheit holt die Überlebenden immer wieder ein. Nicht nur psychisch, sondern auch physisch verschlimmern sich bei den Befragten die verletzungsbedingten Beschwerden. Die Betroffenen werden mit dem Alter anfälliger, gebrechlicher. Diesem Umstand wurde nach Aussage vieler Betroffener durch das Versorgungsamt nicht Rechnung getragen und die Kostenübernahme abgelehnt.

Deshalb war die Einrichtung eines gemeinsamen Fonds von Bund, Land und Stadt in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. Euro von großer Bedeutung. Eine niedrigschwellige Umsetzung war ebenfalls ein bedeutendes Ziel.

Bis Ende Juni 2021 hatte die Stadt München als verantwortliche politische Ebene für die Beantragung Zeit, die Bescheide zu erstellen. Dementsprechend stellt der Herbst einen idealen Zeitpunkt dar, den Fonds in seiner Umsetzung zu evaluieren, um Konsequenzen für zukünftige Maßnahmen ziehen zu können.